



Katharina Dröge
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin Sprecherin
für Wettbewerbs- und Handelspolitik Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen



Arndt Klocke MdL
Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Verkehr, Bauen und
Wohnen

Montag, 18. März 2019

Pressemitteilung zum angekündigten Stellenabbau der Ford-Werke GmbH

Die umfangreichen Einsparungspläne und der geplante Stellenabbau von Ford in Deutschland sind eine bittere Nachricht für die Beschäftigten von Ford, für Köln und NRW. Viel zu lange hat das Management von Ford notwendige Entwicklungen und Veränderungen im Automobilsektor verschlafen. Dass die Beschäftigten nun den Preis dafür zahlen müssen, ist bitter. Aber auch Düsseldorf und Berlin haben nicht erkannt, welcher politische Handlungsbedarf dringend besteht. Die ganze Automobilindustrie steht vor erheblichen Veränderungen, die strukturell begleitet werden müssen.

Dazu erklären Katharina Dröge MdB, parlamentarische Geschäftsführerin und wettbewerbs-, und handelspolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, und Arndt Klocke, Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Verkehr, Bauen und Wohnen der Grünen Landtagsfraktion in NRW:

Arndt Klocke MdL: „Die Automobilbranche befindet sich insgesamt in einem erheblichen Transformationsprozess. Die Herausforderungen in Sachen Digitalisierung, Autonomes Fahren, Umstellung der Antriebstechnologie und ein sich wandelndes Mobilitätsverhalten der Verbraucher*innen und die Organisation des Kerngeschäfts stellen die Hersteller vor schwierige Aufgaben.

Obwohl sich diese Entwicklungen bereits seit einigen Jahren anbahnen und nun in regelmäßigen Abständen Sparkurse und Stellenabbau aus der Branche verkündet werden, bleibt sowohl Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier als auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet nahezu untätig.“

Katharina Dröge MdB: „Es ist nicht nur Aufgabe der Industrie und Wirtschaft, Transformationsprozesse im Rahmen der Digitalisierung und Dekarbonisierung zu gestalten, sondern auch die Pflicht der Politik diese Prozesse zu begleiten und zu unterstützen.

Es ist unverstänlich, dass Altmaier und Laschet tatenlos bleiben. Nötig wäre dringend eine Strukturwandelkommission unter Einbeziehung der betroffenen Bundesländer. Diese sollte die Entwicklung der Branche langfristig abschätzen und Lösungsansätze für die Beschäftigten und die Regionen entwickeln.“